Niederschrift

über die Sitzung des Ausschusses für Bildung, Soziales, Sport und Kultur der Stadt Geilenkirchen am Dienstag, dem 15.11.2016, 18:00 Uhr im Großen Sitzungssaal, Markt 9, 52511 Geilenkirchen

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

1. Verabschiedung eines Entwicklungs- und Sanierungskonzeptes der Sportfreianlagen der Stadt Geilenkirchen
   Vorlage: 667/2016

2. Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Rat der Stadt Geilenkirchen auf einen Bericht über die Zusammenarbeit des kommunalen Integrationszentrums des Kreises Heinsberg und der Stadt Geilenkirchen
   Vorlage: 060/2016

3. Antrag der SPD-Fraktion zum Förderprogramm des Landes NRW „Gute Schule 2020“
   Vorlage: 059/2016

4. Schüleranmeldeverfahren und Klassenbildung an den städtischen Grundschulen im Schuljahr 2017/18
   Vorlage: 671/2016

5. Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Rat der Stadt Geilenkirchen auf ein Gebäude für die offene Kinder- und Jugendarbeit / Bürgerhaus im Ortsteil Bauchem
   Vorlage: 061/2016

6. Verschiedenes

Anwesend waren:

Vorsitzende/r

1. Herr Marko Banzet

Mitglieder

2. Herr Hans-Jürgen Benden
3. Frau Jennifer Diederichs
4. Herr Christoph Grundmann
5. Frau Theresia Hensen
6. Herr Uwe Jöris
7. Herr Michael Kappes
8. Herr Nils Kasper
9. Herr Thomas Klein

10. Herr Wilfried Kleinen
11. Herr Bernhard Kozikowski
12. Frau Pfarrerin Anne Lungová
13. Herr Stefan Mesaros
14. Herr Frank Paulus
15. Herr Heinz-Arno Plum
16. Herr Werner Thamer
17. Frau Ruth Thelen
18. Herr Max Weiler

Beratendes Mitglied gemäß § 58 GO

19. Herr Uwe Böken
20. Herr Jürgen Pallaske
21. Herr Peter Pauli

Stellvertretendes Mitglied

22. Herr Helmut Gerads als Vertretung für Frau Brandt
23. Frau Karin Hölscher als Vertretung für Herrn Tacken
24. Herr Heinz Kohnen als Vertretung für Herrn Speuser
25. Frau Katja Wegner-Hens als Vertretung für Frau Rodenbücher

von der Verwaltung

26. Herr Erster Beigeordneter Herbert Brunen
27. Herr Gort Houben
28. Herr Technischer Beigeordneter Markus Mönter
29. Herr Wilfried Schulz

Protokollführer

30. Herr Hermann-Josef Lehnen

Fehlende Mitglieder

31. Frau Karola Brandt
32. Frau Marianne Horn
33. Frau Karin Rodenbücher
34. Herr Lars Speuser
35. Herr Horst Tacken

Der Vorsitzende eröffnete um 18:00 Uhr die Sitzung und begrüßte alle Anwesenden.

I. Öffentlicher Teil

TOP 1 Verabschiedung eines Entwicklungs- und Sanierungskonzeptes der Sportfreianlagen der Stadt Geilenkirchen
Vorlage: 667/2016

Herr Banzet stellte Herrn Hiller vom Institut GEO3 vor, welches im Auftrag der Stadt Geilenkirchen ein Entwicklungs- und Sanierungskonzept der im Stadtgebiet befindlichen Freisportanlagen erstellt hat. Herr Banzet bat Herrn Hiller, dem Ausschuss das erstellte Konzept vorzustellen und zu erläutern.

Nachdem Herr Hiller sich und das Institut GEO3 kurz vorgestellt hatte, stellte er unter Zuhilfenahme einer Powerpoint-Präsentation das erarbeitete Entwicklungs- und Sanierungskonzept ausführlich vor.

Im Anschluss bat der Vorsitzende Frau Hölscher als Vorsitzende des Stadtsportverbandes darum, zu dem vorgestellten Konzept aus Sicht der Verbandes Stellung zu nehmen.

Frau Hölscher stellte zunächst fest, dass der Zustand der Sportstätten insgesamt in den letzten 15 Jahren kontinuierlich schlechter geworden sei. Dies sei mitunter darauf zurück zu führen, dass lediglich Pflegemaßnahmen durchgeführt worden seien. Notwendige Erneuerungsmaßnahmen hingegen seien nicht erfolgt.

Ein Ziel des Stadtsportverbandes sei es, den Fußballvereinen zusammen mit der Verwaltung ausreichende Möglichkeiten für ihren Spielbetrieb zu ermöglichen und hierbei insbesondere die Jugendabteilungen zu berücksichtigen. Der Stadtsportverband selber habe eine andere Prioritätenliste aufgestellt, die nicht mit der Liste des Institutes GEO3 auf Seite 14 des Gutachtens übereinstimme.

Frau Hölscher wies weiter darauf hin, dass auch für die Leichtathletik etwas getan werden müsse und dass dies in dem erstellten Konzept überhaupt keine Berücksichtigung gefunden habe. Der Verein Phönix beispielsweise sei gar nicht benannt und aufgeführt worden.

Der Stadtsportverband habe ein Team aufgestellt, das die anstehenden Projekte in einem Zeitraum von 5 bis 10 Jahren nach vorne bringen könne. Hierbei gehe es nicht darum, neue Plätze und Sportstätten zu schaffen, sondern lediglich nötige und sinnvolle Sanierungen umzusetzen. Zu warten mache hier keinen Sinn, da die Kosten und Preise stetig ansteigen würden. Auch bestehe derzeit eine gute Phase der Zusammenarbeit, die sich positiv auf die Umsetzung der Projekte auswirken könne.

Herr Gerads bemerkte, dass die Sportanlage in Gillrath der höchsten Nutzung unterlegen sei, jedoch nach dem vorgestellten Konzept lediglich auf Platz 5 der Prioritätenliste und unter dem Punkt langfristige Maßnahmen aufgeführt sei. Dies könne so nicht sein. Herr Gerads bat ausdrücklich darum, diese Feststellung in das Protokoll aufzunehmen.

Herr Hiller erklärte hierzu, dass hier noch eine Änderung im Konzept erfolgt sei und dass Gillrath nunmehr unter den mittelfristigen Maßnahmen berücksichtigt werde.

Herr Kappes fragte nach, ob der Stadtsportverband sowie die Vereine in die Entwicklung des vorgelegten Konzeptes denn überhaupt im Vorfeld einbezogen wurden und hiermit einverstanden seien und ob das Konzept vor diesem Hintergrund beschlossen werden solle.
Frau Hölscher erklärte hierzu, dass grundsätzlich etwas passieren müsse in Sachen Sanierung der Sportanlagen. Es müsse etwas getan werden. Was dies sei, müsse im Einzelnen geklärt werden.

Der Vorsitzende erklärte, der Stadtsportverband habe die vorgelegte Maßnahmenliste am 08.09. diesen Jahres besprochen. Die Liste sei mit E-Mail-Verteiler zugestellt worden.
Herr Houben stellte unter Bezugnahme auf die öffentliche Presseberichterstattung fest, dass beim Versand der Maßnahmenliste ein Versehen passiert sei und bat an dieser Stelle noch einmal ausdrücklich darum, dieses Versehen zu entschuldigen.

Herr Kohnen bat mit Hinweis auf das Versehen darum, in das Protokoll aufzunehmen, dass die Sportanlage in Kraudorf nicht geschlossen werden solle.

Der Vorsitzende forderte, die Verwaltung solle zusammen mit dem Stadtsportverband sowie den Vereinen ein Konzept erarbeiten und dieses dann dem Ausschuss vorlegen. Ein Konzept ohne Beteiligung der betroffenen Vereine und ohne Berücksichtigung deren Bedarfe und Ansprüche könne nicht abschließend diskutiert und beschlossen werden.

Herr Houben erläuterte, dass man zunächst Gespräche mit dem Stadtsportverband geführt habe. Darüber hinaus gehende Gespräche mit den Vereinen sowie der Politik seien jedoch zu diesem Zeitpunkt nicht geführt worden, um die politische Diskussion nicht zu einem frühen Zeitpunkt zu entfachen und anzuheizen. Das hieße jedoch nicht, dass das Projekt nunmehr abgeschlossen werden solle. Vielmehr stünden für die nächsten Jahre weitere Entwicklungen und Änderungen an.

Herr Mönter erklärte zur Vorgehensweise, dass von sportfachlicher Seite zunächst die notwendigen Maßnahmen festgestellt werden sollten und erst in der Folge die entsprechende Haushalts- und Durchführungsplanung vorzunehmen sei.

Herr Grundmann bedankte sich dafür, dass man die Verantwortung für den Fehler im Hinblick auf die fälschlicherweise aufgeführte Schließung der Sportanlage in Kraudorf übernommen habe. Dies sei in dieser Form erstmalig geschehen.

Er erklärte, dass noch sehr viel Detailarbeit zu leisten sei, bevor man einen entsprechenden Beschluss fassen könne. Insofern schließe er sich der Forderung von Herrn Banzet an. Zunächst solle die Verwaltung mit dem Stadtsportverband und den Vereinen ein Konzept entwickeln, zu dem der Leiter der Kämmerei dann einen entsprechenden Mittelnachweis führen solle. Erst dann könne ein solches Sanierungskonzept verabschiedet werden.

Herr Weiler erklärte, die Tatsache, dass mehrere Listen mit Maßnahmen existierten, sei ein Problem. Hierzu solle man noch einmal in Kontakt treten zum Stadtsportverband, der als Bindeglied zwischen den Vereinen und der Verwaltung fungieren solle. Herr Weiler stellte die Frage, ob die im vorliegenden Konzept aufgeführten Maßnahmen denn überhaupt mit den Vereinen besprochen und abgesprochen worden seien. In Lindern und Würm stünden insgesamt 3 Sportanlagen zur Verfügung. Davon 2 in Lindern und eine in Würm. Würm solle nach dem Konzept langfristig entfallen. Was aber solle mit dem alten Sportplatz in Lindern geschehen?

Herr Weiler stellte fest, dass eine Beschlussfähigkeit des Konzeptes im Ausschuss nicht gegeben sei, solange keine Auskunft über die Meinung der Vereine vorliege.

Der Vorsitzende bat Frau Hölscher, zum Verfahren Stellung zu nehmen.

Frau Hölscher erläuterte, dass die Verwaltung zusammen mit dem Stadtsportverband die Erstellung des Entwicklungs- und Sanierungskonzeptes geplant habe. Nach Behandlung des Konzeptes im Ausschuss sollte dann konkret mit den Vereinen gesprochen werden.

Herr Hiller von GEO3 erklärte zur Frage nach dem alten Sportplatz in Lindern, dass dieser untersucht, aber nicht mit aufgeführt worden sei, weil eine weitere Nutzung wegen des neuen Platzes in Lindern nicht notwendig sei.

Herr Benden stellte fest, dass das Thema Sportstättensanierung unbedingt angepackt werden müsse. Es liege jedoch keine eindeutige und abschließende Prioritätenliste vor, daher könne man das Projekt im Moment nicht sauber abarbeiten. Ein ungelöstes Problem sei beispielsweise der Verein Phönix, der bis dato bei der Nato trainiert, dies aber zukünftig in der Stadt tun möchte. Neben Sportarten außerhalb des Fußballs bestehe ein weiteres riesiges Problem

dahingehend, dass der Schulsport in Geilenkirchen in dem Konzept überhaupt nicht auftauche. Dieser finde bereits aktuell nur unter erschwerten Bedingungen statt. Die Verwaltung sei gehalten, das Thema bei der Erstellung eines entsprechenden Konzeptes unbedingt mit zu berücksichtigen.

Was die Aufgabe des Sportplatzes in Prummern angehe, habe er große Bauchschmerzen. Es könne nicht angehen, dass eine Stadt, die familienfreundlich sein und etwas für Familien und Kinder tun wolle, solche Flächen aufgebe. Vielmehr sollten andere Möglichkeiten genutzt werden, beispielsweise die Nutzung als Bolzplatz für Kinder und Jugendliche. Solche Flächen fehlten an vielen Orten. Hierdurch könne man auch der immer mehr zunehmenden Bewegungsarmut der Kinder entgegenwirken. Bezüglich der Nutzung von Sportplätzen und Flächen sei es notwendig, nicht nur mit Vereinen, sondern auch mit Bürgern zu sprechen, um deren Vorstellungen zu erfahren.

Bezogen auf den Sportplatz in Würm erklärte Herr Benden, dass es sich bei diesem Platz um den schönsten Platz handele, weil er unmittelbar in den Ort eingebunden sei. Man könne als Vater stolz sein, sein Kind ohne Vorbehalte mitten im Ort zu Sport zu schicken. Solche Juwelchen müssten erhalten bleiben, auch wenn kein Aufstieg in die Bundesliga folgen würde.

Abschließend erklärte Herr Benden, dass eine Prioritätenliste ausgearbeitet werden müsse unter Beteiligung der Vereine, der Bürger und des Stadtsportverbandes. Eine Alternative hierzu gebe es nicht.

Herr Jöris bat unter Bezugnahme auf die Sportanlage in Kraudorf darum, die Aussage, die Anlage nicht rückzubauen, in die Niederschrift aufzunehmen.

Herr Kleinen erklärte, dass dem Beschlussvorschlag in der vorliegenden Form so nicht zugestimmt werden könne. Er formulierte einen Beschlussvorschlag folgenden Wortlautes:
Das Entwicklungs- und Sanierungskonzept der Firma GEO3 für Freisportanlagen in der Stadt Geilenkirchen wird vom Ausschuss zur Kenntnis genommen und die Verwaltung wird beauftragt, in Zusammenarbeit mit den Vereinen und dem Stadtsportverband ein schlüssiges Konzept zu erarbeiten, das in der Folge beschlossen werden kann.

Herr Grundmann wies darauf hin, dass sich unter Bezug auf den nächsten Tagesordnungspunkt ggf. Synergieeffekte ergeben würden. Durch das Programm Gute Schule 2020 bestünden Möglichkeiten der Finanzierung, die auch bestimmte Sportanlagen einschließen könnten. Es sei jedoch notwendig, eine bessere Detailplanung auszuarbeiten. Herr Grundmann signalisierte Zustimmung zum Vorschlag von Herrn Kleinen.

Frau Hölscher erklärte, dass das vorliegende Konzept sicher nicht verkehrt sei. Verkehrt sei es jedoch, das Konzept und die Sanierung lange aufzuschieben. Ein Beschluss solle Nachbesserungen beinhalten. Die Situation werde durch Verschiebungen nicht besser.

Herr Banzet sah in einer Verschiebung keine Zeitverschwendung. Ein Schnellschuss sei hier nicht geboten. Das vorliegende Konzept sei so nicht beschlussfähig.

Herr Weiler erklärte ebenfalls, dass über das vorliegende Konzept nicht abzustimmen sei. Unter Beteiligung des Stadtsportverbandes und der Vereine solle das Konzept überarbeitet werden. Bis zur nächsten Sitzung im März 2017 könne dies erfolgen. Hierin sei auch keine nicht vertretbare Verzögerung zu sehen.

Herr Benden äußerte Verständnis für die Ausführungen der Frau Hölscher, erklärte jedoch, dass man es richtig machen und nichts überstürzen wolle. Das Thema liege vor und werde bearbeitet. Es gehe darum, einen gemeinsamen Beschlussvorschlag zu erarbeiten.

Herr Brunen erklärte, dass Zeit im vorliegenden Fall kein limitierender Faktor sei. Das Thema könne in Ruhe beraten und die Kosten in den Haushaltsberatungen und –planungen für das Jahr 2018 eingebracht werden.

Beschluss:

Der Ausschuss nimmt das Entwicklungs- und Sanierungskonzept für Freisportanlagen in der Stadt Geilenkirchen zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung, dieses zusammen mit dem Stadtsportverband sowie den Nutzern weiter zu entwickeln und wieder vorzustellen.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	19
Nein:	-
Enthaltung:	-

TOP 2 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Rat der Stadt Geilenkirchen auf einen Bericht über die Zusammenarbeit des kommunalen Integrationszentrums des Kreises Heinsberg und der Stadt Geilenkirchen
Vorlage: 060/2016

Der Vorsitzende stellte den Leiter des Kommunalen Integrationszentrums des Kreises Heinsberg, Herrn Laprell, vor und bat diesen, den Ausschussmitgliedern das Kommunale Integrationszentrum sowie die Arbeitsfelder vorzustellen.

Herr Laprell erläuterte die Entwicklungsgeschichte des Kommunalen Integrationszentrums und stellte dessen Aufgabenwahrnehmung mit Hilfe einer Powerpoint-Präsentation, die der Niederschrift als Anlage beigefügt ist, dar. In diesem Zusammenhang benannte er auch alle Organisationen, mit denen das Integrationszentrum zusammenarbeitet.

Im Anschluss an die Ausführungen des Herrn Laprell bat der Vorsitzende die Integrationsbeauftragte der Stadt, Frau Wolf, eine kurze Stellungnahme aus städtischer Sicht abzugeben.

Frau Wolf dankte Herrn Laprell zunächst für die gute und enge Zusammenarbeit und bemerkte, dass diese zukünftig noch intensiviert werden solle. Die Kommunen steuerten die Integrationsarbeit vor Ort in der Regel in eigener Regie und verfügten in der Regel über eigene Strukturen, um diese auszuführen. Trotzdem sei die Zusammenarbeit mit dem Integrationszentrum jedoch sehr wichtig und hilfreich. Frau Wolf bat die Anwesenden, Ideen für Integrationsprojekte an die Stadt heranzutragen und forderte alle Anwesenden auf, diese Bitte auch weiter nach außen zu kommunizieren. Es gebe beispielsweise Projekte im Bereich der Bücherei oder des Verkehrswesens. Diese seien alle hilfreich, um eine erfolgreiche Integrationsarbeit zu gestalten. Die Verwaltung nehme hier eine koordinierende Stellung wahr.

Der Vorsitzende bat die Mitglieder, Fragen zum dem Themenbereich zu stellen.

Herr Benden dankte zunächst Frau Wolf und Herrn Laprell für ihre Arbeit und stellte fest, dass das kommunale Integrationszentrum zwischenzeitlich gut aufgestellt sei und eine gute Zusammenarbeit mit den Kommunen erfolge. Herr Benden hob an dieser Stelle noch einmal die hervorragende Arbeit von Frau Wolf hervor und zeigte sich erstaunt über die Breite der Arbeitsfelder des kommunalen Integrationszentrums. Diesbezüglich erkundigte er sich danach, ob derzeit gemeinsame Projekte des Kommunalen Integrationszentrums mit der Stadt Geilenkirchen durchgeführt würden.

Herr Laprell erläuterte, dass derzeit keine gemeinsamen Projekte anstünden, man jedoch in einem ständigen Austausch stehe. Insbesondere durch die erfolgenden Netzwerktreffen, den schulischen Austausch sowie die Kontakte zu den Jugend- und Sozialämtern sei man hier immer auf dem aktuellen Stand.

Herr Benden fragte nach, ob es einen persönlichen Ansprechpartner für Geilenkirchen gebe.
Herr Laprell antwortete dahingehend, dass man von Seiten des Kommunalen Integrationszentrums die Zuständigkeiten sachlich in die Bereiche Schule und Kita sowie örtlich in die Zuständigkeitsbereiche Nord- und Südkreis aufgeteilt habe. Es gebe keinen Ansprechpartner, der ausschließlich für die Stadt Geilenkirchen zuständig sei. Das Team tausche sich jedoch regelmäßig aus und führe so alle Potentiale zusammen.

Herr Weiler dankte Herrn Laprell ebenfalls und erkundigte sich danach, ob auch Unterricht in der Herkunftssprache der Flüchtlinge angeboten werde, insbesondere für die arabisch sprechenden Flüchtlinge.

Herr Laprell erklärte hierzu, dass es auch herkunftssprachlichen Unterricht gebe. Um solche Projekte anbieten zu können, müsse man die Bedarfe konzentrieren und zusammenführen. Zwischenzeitlich seien so sprachheterogene Gruppen entstanden.

Herr Kohnen fragte nach, wie es mit der Integration von berufstätigen Flüchtlingen aussehe bzw. den Flüchtlingen, die arbeiten wollten.

Für den Übergang von der Schule in den Beruf sei das Kommunale Integrationszentrum verantwortlich, erläuterte Herr Laprell. Danach kümmerten sich das Jobcenter sowie der Integrationpoint darum, Flüchtlinge in Ausbildung und Arbeit zu vermitteln und somit einen großen Anteil an Integrationsarbeit zu leisten. Unterstützungsangebote seien zwischenzeitlich nicht nur für bereits anerkannte Flüchtlinge vorhanden, sondern auch für Flüchtlinge, deren Asylverfahren noch laufe. Das Deutsche Rote Kreuz, die Kreissparkasse sowie die Industrie- und Handelskammer Aachen seien hier verlässliche Kooperationspartner.

Herr Grundmann wollte wissen, ob der Kreis Heinsberg selber Flüchtlinge eingestellt habe, beispielsweise um sprachunterstützende Arbeit zu leisten.

Herr Laprell erklärte, dass der Kreis bisher keine Flüchtlinge eingestellt habe. Einstellungen bei den Kommunen erfolgten häufig über das Asylbewerberleistungsgesetz. Hier habe der Kreis jedoch keine eigene Zuständigkeit.

Herr Grundmann lobte den Kreis Heinsberg und die dort geleistete Arbeit, insbesondere vor dem Hintergrund der hohen interkulturellen Kompetenz, die dort vorhanden sei.

Frau Thelen stellte fest, dass derzeit 2 Kinder noch keinen Platz in einer Schule gefunden hätten.

Hierzu führte Herr Laprell aus, dass ihm die Fälle bekannt seien und derzeit Verhandlungen im Gange seien. Die Kinder sollten möglichst kurzfristig versorgt werden. In Geilenkirchen habe es zu Beginn der Flüchtlingswelle eine schwierige Phase im Hinblick auf die Versorgung mit Schulplätzen gegeben. Dies sei jedoch lange her. Derzeit gebe es keine Probleme mehr.
Frau Thelen fragte nach, ob es richtig sei, dass am Gymnasium St. Ursula eine Förderklasse eingerichtet werde.

Herr Laprell bestätigte dies.

Herr Palaske erklärte als Schulleiter, dass die Klasse am 01.12.2016 starten werde.

Frau Wolf erklärte unter Hinweis auf die Fragestellung von Herrn Kohnen zur Arbeitsvermittlung, dass die Stadt etwa 250 Firmen zu einem Gespräch eingeladen habe, um die Möglichkeiten von Projekten, Einstellungen und Ausbildungen auszuloten. Die Resonanz sei jedoch eher gering gewesen. Man habe sich mehr Teilnahme erwünscht. Der Tenor der anwesenden Firmen sei gewesen, dass man bereit sei, Flüchtlinge zu beschäftigen und einzustellen. Frau Wolf erklärte weiter, dass die Stadt bereits mit dem Integrationpoint kooperiere. Bisher habe man in Geilenkirchen bereits 37 Flüchtlinge in Arbeit gebracht. Hiermit sei man im interkommunalen Vergleich gut aufgestellt.

Herr Benden forderte Frau Wolf auf, sich doch nicht unter Wert zu verkaufen. Bei der vorgenannten Veranstaltung habe es sich um eine Vorzeigeveranstaltung gehandelt. Die von Frau Wolf geleistete Arbeit sei hervorragend, insbesondere auch wegen des kleinen Teams, das den Bereich bearbeite. Er fragte nach, ob das Kommunale Integrationszentrum bei der Veranstaltung in Geilenkirchen mit im Boot gewesen sei.

Herr Laprell erläuterte, dass dies nicht der Fall war. Jedoch tausche man diesbezüglich gemachte Erfahrungen regelmäßig im Netzwerktreffen aus, so dass auch andere Kommunen hiervon profitieren könnten.

Herr Banzet richtete abschließend noch einmal den Dank der Ausschussmitglieder an Frau Wolf und Herrn Laprell.

TOP 3 Antrag der SPD-Fraktion zum Förderprogramm des Landes NRW „Gute Schule 2020“
Vorlage: 059/2016

Herr Grundmann erklärte unter Hinweis auf den Antrag der SPD-Fraktion, dass man über das Programm Gute Schule 2020 sehr gute Synergieeffekte zum Tagesordnungspunkt 1 und den notwendigen Sanierungsmaßnahmen bei den Spotstätten erzielen könne. Durch die Möglichkeit der Förderung ergebe sich bei den einzelnen Sanierungsmaßnahmen ggf. eine schnellere Machbarkeit und Umsetzung der Maßnahmen. Insbesondere gelte dies auch für die Sportanlagen in Gillrath und Bauchem. Herr Grundmann forderte die Verwaltung auf, eine entsprechende Liste mit Maßnahmen zu erstellen, die in einen Förderantrag aufgenommen werden können.

Herr Benden zeigte sich erfreut über das Programm des Landes und verwies auf den an den Schulen bestehenden Sanierungsstau. Der Antrag der SPD-Fraktion sei genau richtig und werde von seiner Fraktion unterstützt. Es sei jedoch darauf zu achten, dass die Schulen und die Bürger beteiligt würden und die Fachleute vor Ort die Knackpunkte sowie die bestehenden Probleme benennen könnten.

Herr Weiler erklärte, der Beschlussvorschlag sei eindeutig. Im Hinblick auf den Beginn des Programms in 2017 erkundigte er sich danach, ob bestimmte Fristen einzuhalten seien.
Herr Brunen erläuterte, dass keine konkreten Fristen durch das Land vorgegeben seien. Die Kreditmittel stünden zur Verfügung und es sei nicht für jede Maßnahme ein Antrag notwendig. Er dämpfte jedoch die Euphorie dahingehend, dass das Programm die Sanierung der Sportstätten nach vorne bringe. Für diese Maßnahmen bliebe voraussichtlich kein großer Anteil der Fördergelder übrig. Es gehe hier um Mittel für bereits anstehende Sanierungsmaßnahmen an den Schulen. Die Verwaltung werde in Abstimmung mit den Schulen einen Katalog von Vorschlägen mit durchzuführenden Maßnahmen vorstellen.

Herr Gerads erklärte die Zustimmung der Bürgerliste zum Antrag.

Herr Kleinen erklärte für die Fraktion Geilenkirchen bewegen ebenfalls Zustimmung zum vorliegenden Antrag.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, einen Maßnahmenkatalog zur zweckentsprechenden Verwendung der Fördermittel aus dem Landesprogramm „Gute Schule 2020“ für die Jahre 2017 bis 2020 zur Beschlussfassung vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	19
Nein:	-
Enthaltung:	-

TOP 4 Schüleranmeldeverfahren und Klassenbildung an den städtischen Grundschulen im Schuljahr 2017/18 Vorlage: 671/2016

Herr Brunen erläuterte, dass die Anmeldefrist für die Grundschulen abgelaufen sei und seit der letzten Woche die aktuellen Zahlen vorlägen. Aufgrund der Gesamtzahl der angemeldeten Schüler dürften im Bereich der Grundschulen insgesamt 11 Klassen gebildet werden. Gegenüber dem Vorjahr sei die Situation damit günstiger und es entstünden vernünftige Klassengrößen.

Herr Gerads stellte fest, dass in Gillrath entgegen der Prognosen 41 Schüleranmeldungen vorlägen. Vor diesem Hintergrund sei die Entscheidung, keine Turnhalle vorzuhalten eine Fehlentscheidung gewesen.

Frau Thelen fragte nach, ob bei weiteren Anmeldungen mehr Klassen entstehen könnten und diese nicht an einen bestimmten Standort gebunden seien.

Herr Brunen bestätigte, dass man bei höheren Anmeldezahlen entsprechend mehr Klassen bilden könne und der Standort der Klassen dann nicht vorgegeben sei.

Herr Benden bemängelte, dass die Zahlen am Montag vorgelegen hätten. Mit den heutigen Medien sei aber durchaus eine frühere Weiterleitung der Zahlen zu erwarten gewesen.

Beschluss:

Der Ausschuss nimmt die Schüleranmeldezahlen für die Eingangsklassen der städtischen Schulen zur Kenntnis und beschließt die kommunale Klassenrichtzahl zum Schuljahr 2017/18.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	19
Nein:	-
Enthaltung:	-

TOP 5 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Rat der Stadt Geilenkirchen auf ein Gebäude für die offene Kinder- und Jugendarbeit / Bürgerhaus im Ortsteil Bauchem Vorlage: 061/2016

Unter Verweis auf den Antrag der Fraktion Bündnis90/Die Grünen forderte Frau Wegner-Hens die Verwaltung auf, sich um Fördermittel für die Errichtung eines Gebäudes für die Kinder- und Jugendarbeit zu bemühen.

Herr Weiler äußerte zunächst seinen Unmut über das Verhalten der Fraktion Bündnis90/Die Grünen im Hinblick auf den Eingang des Antrags. Zum wiederholten Male sei durch die verspätete Antragstellung höherer Verwaltungsaufwand produziert worden. Das laufe einer guten Verwaltungsökonomie, die ansonsten regelmäßig gefordert werde, entgegen.

Zum Antrag selber erklärte Herr Weiler, dass dieser Sinn zu machen scheine. Die Fraktion Bündnis90/Die Grünen solle daher dem bisher bereits diskutierten Grundsatzbeschluss zu einem Bürgerhaus in Bauchem zustimmen.

Herr Gerads erklärte, dass der Antrag zwar sehr spät eingegangen, aber in der Sache gut sei und daher die Zustimmung der Bürgerliste finde.

Herr Grundmann bemerkte, dass im Antrag eine unglückliche Formulierung gewählt worden sei. Die Jugendarbeit diene hier als Alibi für ein Bürgerhaus. Wenn ein Bedarf für ein Bürgerhaus gesehen werde, solle man dem zustimmen. Aus Sicht von Herrn Grundmann mache es Sinn, wenn der Streetworker seine im Rahmen der Tätigkeit gewonnenen Erfahrungen und Erkenntnisse in die Planungen und Überlegungen mit einbringe.

Herr Benden stellte klar, dass auch seine Fraktion ein Bürgerhaus für erforderlich halte. Bisher hätten jedoch Unstimmigkeiten in der Finanzierung bestanden. Zum Antrag selber bemerkte Herr Benden, dass dieser bei Herrn Brunen angekündigt war und noch in der Antragsfrist erfolgt sei. Er dankte dem Ausschuss für die große Zustimmung, die der Antrag finde.

Herr Brunen erklärte, dass der Bedarf für die offene Jugendarbeit, insbesondere im Stadtteil Bauchem, bereits im Jugendhilfeausschuss festgestellt worden sei. Eine räumliche Kombination der Arbeitsfelder durch die Nutzung eines gemeinsamen Gebäudes mache durchaus Sinn. In der Angelegenheit seien bereits zwei Förderanträge an das Land gerichtet worden. Jedoch habe man keinen Zuschlag erhalten. Der letzte Antrag sei gestern mit Bescheid abgelehnt worden. Fraglich sei hier letztlich, wie lange man mit der Errichtung eines Gebäudes warten könne und ob dies unabdingbar von einer Förderung durch das Land abhängig gemacht werden solle.

Herr Weiler erklärte, dass der Antrag gut sei und ohne ein Bürgerhaus Bauchem ein Gebäude für die offene Jugendarbeit nicht zu finanzieren sei.

Herr Benden verwies noch einmal darauf, dass durch die Kombination neue Fördermöglichkeiten eröffnet würden. Der Sportverein Germania Bauchem sowie der Förderverein Bauchem unterstützten den Antrag.

Frau Lungova stellte fest, dass der Streetworker keine Bleibe und damit auch keine Möglichkeit habe, vor Ort effektiv zu arbeiten.

Herr Brunen erwiderte, dass er hierzu anders lautende Informationen von Frau Gärtner habe. Diese besagten, dass im Moment und vorübergehend bis zur Schaffung eines Standortes in Bauchem selber, eine Arbeit im Zille möglich sei. Begünstigt werde diese Situation dadurch, dass derzeit viele Kinder aus dem Bereich Bauchem das Zille besuchten.

Herr Benden erklärte abschließend, dass alle Beteiligten aufgefordert seien, intensiv nach Möglichkeiten und einer Lösung des Problems zu suchen.

Beschluss:

Der Fachausschuss spricht sich dafür aus, dass die Verwaltung die Umsetzung eines gemeinsamen Gebäudes für die offene Kinder- und Jugendarbeit und dem Bürgerhaus im Ortsteil Bauchem prüft. Insbesondere bitte der Fachausschuss, alle Fördermöglichkeiten intensiv zu prüfen.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	19
Nein:	-
Enthaltung:	-

TOP 6 Verschiedenes

Wortmeldungen ergingen nicht.

Der Vorsitzende schloss die Sitzung um 20:40 Uhr.

Vorsitzender

Banzet

Schriftführer

Lehnen